2024.SR.0321

Interfraktionelle Motion Fraktion AL/PdA, SP/JUSO (Raffael Joggi, AL/Halua Pinto de Magalhães, SP): Die Förderung digitaler Souveränität gehört in eine Digitalstrategie

2016 erteilte der Stadtrat dem Gemeinderat den Auftrag, eine Potenzialanalyse zum Einsatz von Open Source Software (OSS) durchzuführen. Diese Potenzialanalyse Open Source Software (POTOSS) lag im Jahr 2019 vor und beurteilte eine vollumfängliche Umstellung auf OSS-Lösungen als risikobehaftet. Aus der Analyse wurden für eine künftige OSS-Strategie drei Massnahmen formuliert: 1) hohe Plattformunabhängigkeit bei Fachanwendungen; 2) individuelle Entwicklungen als OSS entwickeln; 3) schrittweise Etablierung von offenen Datenformaten. Als zentrale Herausforderung wurde die grösste und folgenschwerste Abhängigkeit mit den Produkten von MS-Office identifiziert. Mittlerweile hat die digitale Infrastruktur der Stadt weiter an Unabhängigkeit verloren und mit der «Sourcing und Cloud Computing Strategie 2022» wurden vom Gemeinderat die Grundlagen geschaffen einen wesentlichen Bereich in die Public Cloud zu verschieben (insb. MS-365). Während in der «ICT-Strategie 2013-2016» OSS noch einbezogen wurde, konkret mit der «Zielsetzung 5: Einsatz von Open Source Produkten wird forciert», fehlt dieser Aspekt in der Cloud-Strategie sowie in der aktuellen «Digitalstrategie 2030» gänzlich. Stattdessen wird im Digitalportiolio beim Schwerpunkt «Neue Digitale Zusammenarbeit» die Kommunikations- und Kollaborationsplattformen MS-365 und MS-Teams forciert. Die vom Gemeinderat eingeschlagene Richtung ist nicht alternativlos. Andere Verwaltungen bewegen sich in eine andere Richtung: Die deutsche Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits 35 Millionen Euro in die Entwicklung von openDesk investiert, einer Alternative von MS-365, und plant weitere 10 Millionen Euro einzusetzen.[1] openDesk ist eine umfassende, Web-basierte Arbeitsplatzlösung basierend auf etablierten Open Source Software wie Nextcloud, LibreOffice Online und OpenProject. openDesk ist dazu gedacht, auch kleine Gemeinwesen mit einer stabilen, freien IT-Lösung ohne Abhängigkeiten zu Microsoft auszustatten. Auch in der Schweiz wird auf eidgenössischer Ebene das Thema Hersteller-Abhängigkeiten reduzieren durch Open Source Software forciert: Das neue «Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben» (EMBAG) schreibt per 1. Januar 2024 gemäss Artikel 9 vor, dass alle Software-Entwicklungen des Bundes künftig unter einer Open Source Lizenz veröffentlicht werden.[2] Diesbezüglich hat die Bundeskanzlei kürzlich umfassende Hilfsmittel zur Freigabe von Open Source Software erarbeitet und veröffentlicht.[3] Der Gemeinderat ist gut beraten solche und andere Massnahmen sorgfältig zu prüfen und in Erwägung zu ziehen.[4] Gemäss vorgängigen Stadtratsbeschlüssen und verabschiedeten städtischen Strategien, muss diese Entwicklung zwingend in die neue «Digitalstrategie 2030» einfliessen.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat wie folgt beauftragt:

1. Die Förderung der digitalen Souveränität durch den Einsatz von Open Source Software wird in die neue «Digitalstrategie 2030» aufgenommen.
2. OpenDesk soll im Programm «Neue digitale Zusammenarbeit» der Digitalstrategie 2030 als Pilotprojekt eingeführt werden.
3. Bei IT-Beschaffungen werden Individualentwicklungen unter einer Open Source Lizenz freigegeben.

---

[1] Im Oktober 2024 wurde an der »Smart Country Convention» offiziell openDesk 1.0 vorgestellt und steht nun für die öffentliche Verwaltung und für die Community zur Verfügung: https://opendesk.eu
[2] https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2023/682/de#art_9
[3] https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/digitale-transformation-ikt-lenkung/bundesarchitektur/open_source_software/hilfsmittel_oss.html
[4] Beispielsweise wurde in Deutschland 2022 das «Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung» (ZenDiS) gegründet, als Antwort auf die wachsende Notwendigkeit, die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu steigern.

4. Das Kriterium «digitale Souveränität» wird bei IT-Beschaffungen berücksichtigt, sodass u.a. Informatik-Lösungen basierend auf Open Source Software priorisiert werden.

Bern, 21. November 2024
Erstunterzeichnende: Raffael Joggi, Halua Pinto de Magalhães
Mitunterzeichnende: Judith Schenk, Matteo Micieli, Cemal Özçelik, Simone Machado, David Böhner, Muriel Graf, Sofia Fisch, Bettina Stüssi, Johannes Wartenweiler, Paula Zysset, Chandru Somasundaram, Barbara Keller, Szabolcs Mihàlyi, Dominic Nellen, Lukas Wegmüller, Dominik Fitze, Laura Binz, Debora Alder-Gasser, Bettina Jans-Troxler, Mirjam Roder, Michael Burkard, Tanja Miljanovic

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidverantwortung bleibt bei ihm.

1. Ganzheitlicher Ansatz Digitalstrategie Stadt Bern

Die Digitalisierung beeinflusst das Arbeiten und den Alltag der Menschen. Zusammen mit den demographischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung. Der Gemeinderat will die Chancen der Digitalisierung zum Wohle der Gesellschaft nutzen. Die Weiterentwicklung der Dienstleistungen und der Infrastruktur im digitalen Zeitalter ist eine der zentralen Herausforderungen für die öffentliche Hand auf allen Ebenen. Die Stadt Bern will den digitalen Wandel am Puls der Bevölkerung mitgestalten und die Chancen nutzen. Die digitalen Technologien und die neuen Möglichkeiten dank künstlicher Intelligenz (KI) erlauben eine konsequentere Ausrichtung der städtischen Dienstleistungen auf die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft. Prozesse können effizienter und bedürfnisgerechter gestaltet werden. Digitalisierung ermöglicht einfachere, hindernisfreie Zugänge zur öffentlichen Grundversorgung und die Automatisierung eröffnet neue Möglichkeiten für einen cleveren Ressourceneinsatz. Gleichzeitig entwickeln sich die Anforderungen und auch die Diversität der Anspruchsgruppen laufend weiter. Ein Ausbau des Online-Angebots allein reicht also nicht aus, um den steigenden Erwartungen gerecht zu werden, “Digital” muss als zusätzliche Ebene transversal in die Leistungserbringung integriert werden. Hier muss die Digitalstrategie der Stadt Bern mit einer ganzheitlichen Ambition strategische Schwerpunkte setzen, welche auch die digitale Souveränität als wichtigen Punkt einschliesst.

2. Open Source Software in der Stadt Bern

2.1 Potentialanalyse Open Source Software (POTOSS)

Mit SRB 2016-3870 vom 18. August 2016 erteilte der Stadtrat dem Gemeinderat den Auftrag, eine Potenzialanalyse in Bezug auf Open Source Software (OSS) zu machen und durch praxisbezogene Pilotprojekte die Machbarkeit einer Umstellung auf Open Source Produkte in der Stadtverwaltung Bern zu prüfen. In der Folge erarbeiteten die damaligen Informatikdienste (heute Informatik

Stadt Bern) zusammen mit der in einer offenen Ausschreibung gewählten Firma Adfinis SyGroup AG eine Potenzialanalyse Open Source Software (POTOSS). Der daraufhin erstellte Expertenbericht empfiehlt den Wechsel auf den OSS Basis Client nicht, da er als primärer bzw. einziger Arbeitsplatz nur für wenige Mitarbeitende brauchbar sei. Mit SRB Nr. 2019-402 vom 13. Juni 2019 hat der Stadtrat vom Bericht zur Potenzialanalyse Open Source Software (POTOSS) Kenntnis genommen. Der Expertenbericht kam zum Schluss, dass ein wirtschaftlich sinnvoller Betrieb durch einen vollständigen Umstieg auf Open Source Software nicht möglich ist. Mit dem Bericht POTOSS ordnete der Gemeinderat die seit Mitte der 2010er-Jahre im Stadtrat geführte OSS-Debatte ein. OSS sollte dann eingesetzt werden, wenn sich daraus für die Stadt Bern nachweislich einen erhöhten Nutzen ergibt. Der Gemeinderat kam namentlich zum Schluss, dass es weder sinnvoll noch zweckmässig sei, die im Einsatz stehenden, proprietären Produkte vollständig durch OSS-Produkte abzulösen. Neben der Berichterstattung beauftragte der Gemeinderat mit POTOSS die Präsidialdirektion (Digital Stadt Bern) die Realisierung von drei Massnahmen zu prüfen. Damit sollte das bestehende und künftige Potential von OSS für die Stadt Bern bestmöglich genutzt werden. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer übergeordneten Strategie «Sourcing und Cloud Computing» erfolgte anfangs 2023 die Berichterstattung an den Gemeinderat.

2.2 Aktueller Umsetzungsstand

Massnahme 1: Bei der Beschaffung von künftigen Fachanwendungen (…) ist auf eine hohe Plattformunabhängigkeit zu achten. Die Digitalkonferenz erlässt hierzu Richtlinien.

2021 überarbeitete die Direktion für Finanzen, Informatik und Personal (Informatik Stadt Bern) die Richtlinien betreffend IT-Neubeschaffungen. In diesen Vorgaben wird einerseits auf die Plattformunabhängigkeit hingewiesen, andererseits werden systemtechnische Vorgaben aufgezeigt, wenn die zu beschaffenden Applikationen über keine Plattformunabhängigkeit verfügen bzw. notwendige Schnittstellen zu implementieren sind. Der Kriterienkatalog wurde Ende 2021 von der Konferenz Digital Stadt Bern genehmigt.

Massnahme 2: Individuell entwickelte Fachanwendungen (Eigenentwicklungen) sind als OSS zu entwickeln bzw. entwickeln zu lassen; der Source Code ist im Internet zu publizieren. Die Zusammenarbeit auf Ebene Gemeinden, mit dem Kanton Bern und dem Bund wird verstärkt.

Zur Steuerung des städtischen Digitalportfolios hat die Präsidialdirektion (Digital Stadt Bern) mit dem Portfolioservice einen verbindlichen Prozess etabliert. Dieser zielt darauf ab, wann immer möglich Ressourcen zu bündeln und Standardsoftware einzusetzen. Ist eine Eigenentwicklung die wirtschaftlich beste Lösung, kommt OSS zum Einsatz, soweit nicht andere Technologieentscheide massgebend sind (z.B. SAP im betriebswirtschaftlichen Umfeld oder Microsoft in der Bürokommunikation). Mit dem im April 2021 von der Konferenz Digital Stadt Bern genehmigten Leitfaden für die Veröffentlichung von Open Source Software liegt die erforderliche Grundlage zur Sicherstellung des Verfahrens vor. Weiter wurde die Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern und dem Bund auf verschiedenen Ebenen durch die Präsidialdirektion (Digital Stadt Bern) intensiviert und etabliert.

Massnahme 3: Mit der schrittweisen Etablierung von offenen Datenformaten soll die Unabhängigkeit der Stadt Bern hinsichtlich künftiger Entwicklung gestärkt werden.

Gegenüber der Situation von 2019 hat sich die Frage der offenen Datenformate weitgehend entschärft. Bereits heute können die gängigen Standard-Datenformate im Office-Umfeld auch von Open Source Software gelesen werden. Weiter hat sich die Stadt Bern mit der Einführung von Microsoft 365 für die Stärkung und den umfassenden Einsatz der MS Office-Palette auch im Mobilbereich ausgesprochen. Gleiches gilt für das betriebswirtschaftliche Umfeld, welches auf Lö-

sungen von SAP aufbaut. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich die Weiterverfolgung der Massnahme.

3. Fazit

Der Gemeinderat hat sich in den vergangenen Jahren in umfassender Weise mit Open Source Software auseinandergesetzt. Die Verankerung der digitalen Souveränität in der Digitalstrategie 2030, unter Beachtung des Berichts Potenzialanalyse Open Source Software (POTOSS), liegt auf der strategischen Linie des Gemeinderats. Er ist deshalb bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 21. Mai 2025

Der Gemeinderat